

e betrogen worden  
 ber—November 1918  
 Wilson war Deutsch-  
 der Stillschließung  
 Schäden verpflichtet,  
 etwa 80 Milliarden  
 in eigenen diploma-  
 verstanden, diese gar-  
 Waffenstillstandsver-  
 e es sich für die Fran-  
 enso wie Clemenceau  
 schland „alles bezaeh-  
 ung einen Erfolg der  
 stehen die französische  
 Amerikaner, und  
 zwischen den beiden  
 die schwand die Lloyd  
 ristischerweise an die  
 Er wies darauf  
 erschoffene Vorzeilen  
 nen der Witwen und  
 belten unberücksichtigt  
 edt prompt die Dab-  
 urde also beschlossen,  
 sionen für die Inwa-  
 gerade durch diese  
 mit der unerhörten  
 er Diktates belacht  
 t Deutschlands ver-  
 erauben und uns an  
 an dem wir heute  
 ch das deutsche Volk  
 man ihm der Ver-  
 erprechungen einfach  
 nende Kraft ein ver-  
 ertrag hat.

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten  
 frei im Jahr monatlich 1,00 Mark.  
 Bestellungen nehmen die Auslieferung  
 und für Auslieferung die Postkosten  
 zuzugewenden. — Erhältlich werktäglich.  
 Fernsprech-Anschluß Nr. 83.  
 Telegramm: Auerblatt Erzgebirge.

Anzeigerpreis: Die Anzeigerpreise  
 gelten für Anzeigen aus Auer und  
 umgebend 10.00 Mark, auswärts  
 12.00 Mark, National-Druck-  
 geschäft 15.00 Mark. Bei größeren An-  
 zeigen entgegen der Gewöhnung.

Nr. 252 Freitag, den 27. Oktober 1922 17. Jahrgang

### England im Wahlkampfe.

Das englische Unterhaus ist nunmehr aufgelöst worden, und der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Wenn man liest, daß bisher schon 1300 Kandidaten aufgestellt worden sind und zwar 425 Konservativen, 300 unabhängige Liberale, 200 koalitionliberale und 400 Kandidaten der Arbeiterpartei, so kann man eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken für die Promptheit, mit der die englische Parteimaschinerie arbeitet. Die ersten Wahlfreden liegen ja schon einige Zeit zurück. Lloyd George hat eine doppelte Parole ausgegeben. Einmal wendet er sich gegen die konservative Politik, wie sie im Carlton-Klub vertreten worden ist, wo man die berühmte Abgabe an die Koalition beschloß. Zum anderen kämpft Lloyd George mit der Front gegen die Arbeiterpartei. Er möchte offenbar ein Anzeichen der Arbeiterabgeordneten nach Möglichkeit hinten halten, weil er darin eine Unterbrechung gerade seiner bisherigeigen Politik des Zusammengehens mit Frankreich befürchtet. Die Sorge vor dem Wachsen der Arbeiterpartei hat ihn wohl auch letzten Endes dazu bestimmt, von der Gründung einer eigenen Partei abzusehen. Er würde damit ungefähr denselben Revers erleidet haben wie seinerzeit Roosevelt mit seiner Progressivenpartei in den Vereinigten Staaten. Nichts ist schwerer, als über Nacht eine neue Parteimaschine auf die Beine stellen zu wollen. In England kommt noch hinzu, daß es keine Stichwahlen gibt. Es entscheidet die relative Mehrheit. Die Vermehrung der bürgerlichen Parteien würde also überall der Arbeiterpartei zugute gekommen sein. Aus diesem Grunde regen sich auch Kräfte in der liberalen Partei, die nach einer Art Wahlabschwächung zwischen den beiden liberalen Richtungen rufen. Die Unabhängigen Liberalen scheinen aber wenig Neigung zu einem Kompromiß zu verspüren. Einmal möchte sich Asquith die dankbare Rolle eines Bekämpfers Lloyd Georges nicht nehmen lassen, zum anderen weiß er sehr genau, daß die auf Lloyd George eingeschworenen rechtsliberalen Kreise bei den Wahlwahlen konservativ gewählbar haben und auch jetzt wahrscheinlich zum größeren Teile nicht für einen unabhängigen Liberalen zu haben sein würden.

Das Entscheidende freilich ist, daß Asquith darauf hofft, mit der Arbeiterpartei zusammen die Mehrheit zu erhalten. Jeder Sieg der Arbeiterpartei bedeutet darum für ihn sozusagen einen Sitz für seine Kombination, wobei er allerdings keinerlei Interesse daran haben würde, daß etwa die Arbeiterpartei die Mehrheit erringt. Daran scheint allerdings kaum gedacht zu werden. Haben doch die Konservativen die Koalition aufgelöst, weil sie hoffen, die absolute Mehrheit zu erringen. So gesehen wäre für die koalitionliberale von Lloyd George an sich schon nur eine Mittlerrolle in Frage. Gehalten die Konservativen die absolute Mehrheit, dann sind die Liberalen um Lloyd George genau so überflüssig, wie wenn Asquith mit den Arbeiterparteilern zusammen eine Majorität erzielt. Lloyd George muß also hoffen, daß weder rechts noch links von ihm eine Mehrheitbildung ohne seine Liberalen nach den Wahlen möglich ist. Es erscheint freilich so gut wie ausgeschlossen, daß Lloyd George mit Asquith und den Arbeiterparteilern gehen könnte. Ihm bleibt nur der Weg nach rechts offen, das heißt die Wiederherstellung der alten Koalition. Das ist ja auch sein politisches Ziel, und ihm leitet bei den Wahlen die Hoffnung, die Koalition aus dem Wahlkampfe wieder auferstehen zu sehen. Man darf freilich nicht unterschätzen, daß seine Politik selbst in Kreisen, die bisher in den Reihen der Koalitionliberalen standen, nicht un widersprochen geblieben ist. Besonders auffällig hat es erregt, daß der frühere liberale Schatzkanzler Mac Kenna sich in der City als unkonventioneller Kandidat hat aufstellen lassen. Die Handelskreise, vor dem die Stützen der liberalen Partei sind, die Hofsprünge Lloyd Georges müde, sie wollen endlich eine Politik der Stetigkeit.

Von besonderer Bedeutung wird der Wahlausfall für die weitere Außenpolitik des britischen Reiches. Bonar Law wird natürlich mit aller Kraft eine Erhaltung der Entente anstreben, aber ein englischer Premierminister wird immer nur englische Politik treiben, und unter Umständen kann sich Frankreich von einem unkonventionellen Kabinett eines wie älteren Wählbesandes versehen, als sie von dem etwas unfaßlichen Lloyd George zu erwarten war. Als bürgerliche Parteien gehen in dem Wahlkampfe um die Frage des Friedensvertrages vorläufig herum. Die Unabhängigen Liberalen treten in ihrem Wahlmanifest zwar für den Frieden und die Abrüstung ein, sie fordern auch eine rasche Revision und Begleichung der Reparationen im Zusammenhang mit einer Kürzung der internationalen Schulden, aber sie hätten sich eine Revision des Friedens zu verlangen. Dagegen hat die Arbeiterpartei

offen und mutig die Revision aller Friedensverträge an die Spitze ihres Wahlprogramms gestellt. Dieses Programm fordert weiterhin die Feststellung der Reparationszahlungen im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sowie die Errichtung eines Völkerbundes, in dem alle Staaten der Welt vertreten sind. Für die volle Unabhängigkeit Ägyptens und die Autonomie Indiens setzt sich der Wahlausrufer der Arbeiterpartei gleichfalls ein. In Deutschland wird man das gewiß dankbar begrüßen müssen, aber wir können uns auch nicht verhehlen, daß der Einfluß der Arbeiterpartei bisher sehr gering war. Käme sie an die Regierung, so würden sich zweifellos der Durchsetzung ihrer Wahlziele manche Hemmnisse entgegenstellen. Es wird überhaupt gut sein, vom deutschen Standpunkt aus seinen bestimmten Wahlwunsch zu formulieren. Deutschland muß wieder lernen, der eigenen Kraft zu vertrauen. Dann wird auch eine englische Regierung, gleichviel wie sie sich zusammensetzt, mit ihm rechnen müssen.

### Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Angesichts des fortwährenden Sinkens der Mark bemühen sich bekanntlich alle Parteien, mit Ausnahme der beiden extremen Flügelparteien, der Reichsregierung an die Hand zu gehen. In den nächsten Tagen wird die Arbeitgemeinschaft der Mitte mit Vorschlägen an die Verantwortlichkeit treten, wie der Not des Reiches Abhilfe zu schaffen wäre. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Forderungen schon am Mittwoch dem Reichskanzler überreicht. Dessen Aufgabe wird es sein, aus den beiderseitigen Vorschlägen Grundlagen für weitere Besprechungen über die wirtschaftliche Lage zu schaffen. Leider läßt sich von einem Teil der sozialdemokratischen Forderungen nicht behaupten, daß sie sich zur Schaffung einer solchen Grundlage besonders eignen. Was sie mit der Schaffung eines Rentenfonds, für den ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in Anspruch zu nehmen wäre, meint, ist nicht ohne weiteres ersichtlich; hier wird erst eine nähere Erklärung abzuwarten sein. Geradezu utopisch aber mutet die Forderung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, auf „vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel“, an. Die Erfahrungen, die wir mit der Krieges- und Zwangswirtschaft gemacht haben, lassen ihre Wiedereinführung wahrhaftig alles eher als wünschenswert erscheinen, und es ist fraglich, ob die Sozialdemokratie selbst bei den Massen, die doch heutzutage erheblich besser gestellt sind als in jenen Zeiten, damit besonders viel Gegenliebe finden würde. Viel besser würde es einer so großen Partei wie der Sozialdemokratie anstehen, wenn sie bei dieser wichtigen Gelegenheit auch einmal grundsätzliche Stellung zur Steigerung der Produktion genommen hätte. In den „Sozialistischen Monatsheften“, die kein Blatt vor den Mund nehmen, wird diese Forderung seit Monaten in fast jedem Artikel erhoben. Die S.S.D. aber drückt sich pfifflig um jede Stellungnahme. Ueber die übrigen von ihm erhobenen Forderungen läßt sich reden.

### Hinter den Kulissen eines neuen Staates.

Von Hugo Simm, Mitglied des tschechischen Parlaments.  
 Ich gestehe offen ein, daß die leitenden Männer der Tschecho-Slowakischen Republik sehr geschätzte Leute sind, deren Propaganda bisher es vorzüglich verstand, über gewisse Ereignisse in ihrem Staate einen dichten Schleier zu breiten. Die geringere Propaganda der tschechischen Regierung — welche natürlich hauptsächlich aus den Taschen ihrer treuen deutschen Untertanen bezahlt wird — ist ihrem großen Meister Vord Northcliffe nachgemacht und hat bisher eifrig gearbeitet. Da aber die beste Propaganda und die schlagendsten Äußerungen auf die Dauer die Wahrheit nicht totschlagen können, so wird jetzt der Schleier teilweise gelüftet, und es liefern Nachrichten durch, die den wahren Zustand zeigen und die bestärkten Zuschauer (Freunde als auch Neutrale) sehen, daß die tschechischen Methoden anwenden, die selbst die zaristische russische Regierung wohl nur zögernd gewagt hätte. Die Tschechen, wohl wissend, daß ein Staat, der nur aus ihrem Volke und dessen eigenem Gebiet bestände, ziemlich bedeutungslos wäre, erzählten also ihren Entente-Freunden, daß es in Wähmen, Mähren und Schlesien kein geschlossenes deutsches Sprachgebiet gäbe, und daß die Deutschen über das ganze Land zerstreut seien, als eine Art Kolonisten und Gäste, zwischen den Tschechen, was natürlich gar nicht wahr ist. Aber die Amerikaner und

Engländer konnten die Verhältnisse in diesen Gebieten nicht genügend, und die Franzosen wollten gern einige Millionen Deutsche irgendwie verschwinden lassen, so daß der schlaue Plan der Tschechen nur zu gut gelang und die besten Teile des alten Osterreich mit den wichtigsten Industrien und fast allen Kohlen- und Eisenwerken wurden so eine leichte Beute der Tschechen, während der arme neue Staat Tschechoslowakei, zu dem diese deutschen Gebiete von Wessetwegen und gemäß dem Wunsche ihrer Bewohner gehören, nicht leben kann, da ihm alle Kräftequellen zugunsten der Tschechen abgeschritten wurden. Letztere Nation hatte einen fabelhaften Appetit und verfiel so ein riesiges Gebiet mit einer fremden Bevölkerung, die größer ist als die eigene Paß der Tschechen. Diese fremden Massen können natürlich nur noch mit brutaler Gewalt im Tschechoslowakei gehalten werden. Auf diese Art wurden also die 3 1/2 Millionen Deutsche Untertanen dieser glorreichen Republik, natürlich ohne gefragt zu werden, ob sie auch hinein wollten. Als die Deutschen dann in öffentlichen Versammlungen diese Art Selbstbestimmungsrecht protestierten, wurden sie durch die Gewehre der tschechischen Soldateska schlagend und blutig überzeugt, daß eben das sogenannte Recht immer nur bei dem Sieger ist.

Und jetzt? Nun jetzt sind die braven Deutschen die fleißigen Bienen in diesem Staate, die hart arbeiten und den größten Teil der Mittel für eine großsprecherische Regierung verdienen. Sie treiben mit allen Teilen der Welt Handel, und ihr Export bringt die riesigen Summen fremden Geldes ins Land, die diesem Staate das Aussehen gesunder Wirtschaft geben. Sie sind mit einem Wort das Element, das die Maschine treibt.

Und die Tschechen, was tun die? Mein Gott, die lassen es sich gut sein in den neuen Verhältnissen! Sie fühlen sich natürlich sehr wohl in ihrer feinen Rolle als unbeschränkte Herren über ihre gute und geduldige Herde, die sie auch meisterhaft zu scheeren verstehen. Sie erheben tüchtige Steuern, nehmen Schmonzelnd die Miesensummen ein, die deutscher Handel in die Taschen des Staates und besonders auch in die Geldsäcke der tschechischen Banken bringt. Die Tschechen senden massenhaft tschechische Beamte in das deutsche Gebiet, sie besetzen die deutschen Städte mit tschechischen Garnisonen, sie errichten natürlich Besten von Eisenbahnen, Häusern und sonstigen Wertobjekten des alten österreichischen Staates, aber ebenso selbstverständlich und nobel lehnen sie es ab, auch die Schulden des alten Staates zu übernehmen. Denn wer die Rechte eines Staates übernehmen will, muß auch dessen Pflichten mit übernehmen. Wo sie sich diesen Pflichten nicht ganz entziehen konnten, kürzten die Tschechen eben die Beiträge nach Belieben, wohl wissend, daß die armen Teufel es sich gefallen lassen müssen, da der einzelne Bürger wohlgerne, meist Deutsche, denen man ja alles bieten zu können glaubt. Eine große Zahl solcher Staatsgläubiger (also eigene Untertanen) haben das Beste und vielleicht für die Leute einzig Mögliche getan, was ihnen übrig blieb, das heißt, sie begingen Selbstmord, um eben dem Hungertode zu entgehen, da ihnen auf ihre alten Tage kein anderer Weg blieb. Diese armen alten Leute hatten ihr teuer erprobtes Geld, das Werk ihres Lebens, in österreichischen Staatspapieren angelegt die der tschechische Staat nicht anerkennen will, obgleich er das Vermögen Alt-Osterreichs gern einfaßt.

### Kleine politische Meldungen.

Die Volkspartei fordert völlige Abkehr von der Erfüllungspolitik. Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, ist mit dem Eintritt der deutschen Volkspartei in die große Koalition eine Aenderung des Kurzes der Außenpolitik verbunden. Die deutsche Volkspartei fordert, daß keine weiteren Zahlungen geleistet werden, ehe nicht eine Herabsetzung der Reparationssummen erfolgt ist. Des weiteren verlangt die deutsche Volkspartei, daß auch die deutschen Zahlungen für die Unterhaltung der Besatzung im Rheinland eingestellt werden, die bisher immer noch geleistet wurden.

Am den nächsten Montag. Eine der hauptsächlichsten Forderungen der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft ist, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, die auf Aufhebung des Achtstundentages. Der Reichskanzler hat sich, beeinflusst vom Zentrum und in Anerkennung der schwierigen Lage Deutschlands entschlossen, ebenfalls für die Aufhebung des Achtstundentages einzutreten und es übernommen, sowohl bei den Gewerkschaften wie bei den Sozialdemokraten dahin zu wirken, eine Durchbrechung des Achtstundentages zuzulassen.

Fünf Millionen verlorene Arbeitstage durch Streik und Aussperrung. Nach Mitteilung des statistischen Landesamts sind in Bayern im ersten Halbjahre durch Streik und Aussperrung insgesamt rund fünf Millionen Arbeitstage verloren gegangen. Das bedeutet bei dem jetzigen Geldwert einen Wertverlust in Höhe von mindestens vier Milliarden Mark für die wirtschaf-

